

Finanzplatz Schweiz vor Regulierungsschub

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Der Aufstieg des Finanzplatzes Schweiz in den Nachkriegsjahren war von vielen Rückschlägen geprägt, die nicht selten von der Politik ausgelöst wurden. Meistens handelte es sich um Änderungen im Steuersystem, die zur Abwanderung von Geschäften führten, sei es der Goldhandel, das Euro-Emissions- oder das Fondsgeschäft. Aber auch Preiseinbrüche an den Devisen-, Wertschriften- oder Immobilienmärkten haben die Branche mehrmals zu Reformen gezwungen. So führte der Immobiliencrash mit Verlusten in Höhe von CHF 40-50 Mrd. anfangs der 90er-Jahre zu einer umfassenden Reorganisation des inländischen Kreditgeschäftes. Die risikogerechte Zinsdifferenzierung aufgrund von Bonitätskriterien war für viele Kleinunternehmen eine schmerzliche Erfahrung, aber dank der Krise hat die Schweiz die so genannte Basel II-Reform bereits weitgehend umgesetzt, während sie in vielen anderen Ländern noch bevorsteht. Auch wenn die Konzentration der Banken- und Versicherungsbranche die Zahl der global tätigen Grossbanken und Versicherungen auf je zwei Weltkonzerne reduzierte, gehört der Finanzplatz Schweiz immer noch zu den bedeutendsten der Welt, insbesondere auch die Vermögensverwaltung, deren Depotwerte bei den Banken Ende Februar 2006 CHF 4'527 Mrd. erreichten. Darin sind die im Ausland verwalteten und deponierten Wertschriften noch nicht enthalten.

Auch die Versicherungsbranche musste nach einer jahrelangen Wachstumsphase wegen der Kurseinbrüche an den Weltbörsen in den Jahren 2001-2003 und der anhaltenden Tiefzinsphase ihre mit Akquisitionen forcierte internationale Expansion abbrechen, um vorerst die Probleme im inländischen Pensionskassengeschäft zu meistern. Die Revision des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Versicherungsvertragsgesetzes sind zwar nur teilweise eine Folge der massiven Eigenmittelverlusten in Höhe von gegen CHF 40 Mrd., aber die Krise führte dazu, dass die Gesetzesrevisionen zügig vorangetrieben wurden. In der EU wurden ähnliche Reformen (Solvency II) zwar etwas früher als in der Schweiz in Angriff genommen, aber das Bundesamt für Privatversicherungen hat in der Zwischenzeit in Bezug auf die Solvenzüberwachung von Versicherungen in Europa eine Spitzenstellung erobert.

Die Annäherung oder Kombination von Bank- und Versicherungsprodukten führte einerseits zur Gründung von Allfinanzunternehmen, deren Erfolge sich in engen Grenzen hielten, andererseits zu einer Spezialisierung der Finanzintermediäre. Gemeint sind damit nicht nur die zahlreichen Finanzboutiquen mit innovativen Finanzprodukten oder –dienstleistungen, sondern auch die privaten Vermögensverwalter. Dank Internet und anderen elektronischen Informationssystemen konnten diese bezüglich Marktinformationen mit den Banken gleichziehen und ihre Kunden unabhängig, d.h. ohne Interessenskonflikte mit dem Arbeitgeber beraten. Die zunehmende Beliebtheit unabhängiger privater Vermögensverwalter ist auch als Reaktion auf die Standardisierung von Bankprodukten zu sehen, die den Banken zwar Kosten zu sparen halfen, aber für viele Kunden entsprachen solche Produkte ab Stange nicht mehr einer echten individuellen Betreuung. Die Banken taten sich zwar anfangs mit der Existenz professioneller externer Vermögensverwalter, die nicht nur vom Informationsangebot mehrerer Finanzinstitute profitieren, sondern oft auch noch die einzelnen Banken gegeneinander ausspielten, schwer. Inzwischen haben sie sich aber auf diese

aber auf diese hochprofessionelle Kundschaft eingestellt, weil diese zu gewichtigen Marktteilnehmern aufgerückt sind.

Es waren aber nicht nur Krisen, die Reformen erzwangen, sondern auch Innovationen, die zu einer Stärkung des Finanzplatzes Schweiz führten. Auch wenn viele Innovationen im Finanzsektor aus den USA stammen, darf man heute die Schweiz bezüglich Produktinnovationen ebenfalls unter die führenden Plätze einreihen. Wachstumsschübe wurden durch die Abschaffung der Vinkulierung von Namenaktien oder die Entwicklung der Optionen- und anderer Derivate-Märkte, gefolgt von strukturierten Produkten und speziellen Anlagefonds, ausgelöst. Auch punkto Technologie, angefangen bei internationalen Zahlungssystemen bis zur elektronischen Börse Schweiz und zahlreichen Online-Finanzdienstleistungen, nimmt unser Finanzplatz heute eine Spitzenstellung ein. Trotz all dieser Fortschritte darf aber nicht übersehen werden, dass der Finanzplatz Schweiz in den letzten 20 Jahren stetig Marktanteile verloren hat. Die Gründe dafür liegen zwar teilweise auch in der Schweiz, im Wesentlichen sind die Marktanteilsverluste aber auf die Fortschritte anderer Finanzplätze zurückzuführen, die von Deregulierungen und Liberalisierungen ihrer Heimmärkte profitieren konnten.

Die zunehmende Verbriefung von Risiken, die private und institutionelle Altersvorsorge oder die Emissionen und der Handel von Aktien und Schuldpapieren versprechen je nach Inflation und Zinsniveau weiterhin ein Wachstum der weltweiten Finanzbranche von 5-10% pro Jahr. Als Finanzplatz mit jahrzehntelanger Erfahrung in der internationalen Vermögensverwaltung oder im Bereich von Grossfinanzierungen wird die Schweiz an diesem Wachstum teilhaben. Die Ausgangslage für ein fortgesetztes Wachstum des Finanzplatzes Schweiz auf breiter Front erscheint günstig, auch wenn die Globalisierung, die Spezialisierung, aber auch die Kundensegmentierung und die Produktinnovationen grosse Herausforderungen für die Branche und die Marktregulatoren darstellen. Dazu kommt der anhaltende internationale Druck auf das Schweizer Bankgeheimnis, der trotz Zahlstellensteuer und anderen Konzessionen ans Ausland bisher kaum nachgelassen hat.

Die rasante Entwicklung der Finanzmärkte im In- und Ausland hat aber auch die staatlichen Regulatoren in Alarmbereitschaft versetzt und vielerorts wurde die Marktüberwachung nach diversen Krisen und Schadensfällen massiv verschärft. Auch in der Schweiz steht eine grosse Zahl von Gesetzesprojekten in Arbeit oder in Vorbereitung. Ende 2004 bestand das Inventar an Projekte in der Finanzmarktregulierung aus 26 Einzelprojekten, von denen nun eines nach dem anderen in die parlamentarischen Beratungen gehen wird oder bereits behandelt wurde. Es geht nun darum, die Prioritäten richtig zu setzen und Überregulierungen zu vermeiden, die unserem Finanzplatz schaden könnten. Im Vordergrund steht dabei die geplante integrierte Finanzmarktaufsicht FINMA, die nicht nur in einer organisatorischen Zusammenführung der Banken-, Versicherungs- und Geldwäschereiaufsicht mündet, sondern gemäss Gesetzesentwurf auch eine Ausdehnung der Überwachung einschliesst. Die weitgehende Delegation vieler Aufgaben an die unabhängige FINMA wird sich nicht in jedem Falle günstig auf die Finanzbranche auswirken. Insbesondere der Freipass zum Erlass von fast gesetzgeberischen Rundschreiben, die weitgehenden Kompetenzen bei internationalen Verhandlungen oder die Sanktionsmöglichkeiten bedürfen noch einer eingehenden Überprüfung durch das Parlament.